

Antrag

der Abgeordneten Birgit Homburger, Angelika Brunkhorst, Michael Kauch, Dr. Karl Addicks, Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Helga Daub, Jörg van Essen, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Rainer Funke, Dr. Christel Happach-Kasan, Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Eberhard Otto (Godern), Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Dr. Max Stadler, Dr. Rainer Stinner, Dr. Michael Terwiesche, Jürgen Türk, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Fortsetzung des Kyotoprozesses – Stand und Perspektiven

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Mit Blick auf die Zukunft des Kyotoprotokolls und die Zeit internationaler Klimapolitik nach 2012 ist von entscheidender Bedeutung, dass der Kyotoprozess auf internationaler Ebene in Gang gehalten wird und dass weitere Länder, insbesondere auch die USA dazu bewogen werden, der Kyotogemeinschaft beizutreten. Dies kann nur gelingen, wenn sichergestellt ist, dass für jeden eingesetzten Euro soviel Klimaschutz wie möglich erwirtschaftet wird. Um für alle Staaten dieser Welt attraktiv zu werden, muss das Kyotoprotokoll wirtschaftlich leistungsfähig sein. Dazu müssen die Kyotoinstrumente ihre Kräfte voll entfalten können.

Auf nationaler Ebene geht es darum, dass Deutschlands Vorreiterrolle in der Klimapolitik und seine Glaubwürdigkeit nicht verloren gehen. Vor dem Hintergrund dieser Zielsetzung sind die tatsächlichen Entwicklungen beunruhigend.

Noch unter Regierungsbeteiligung der FDP hatte Deutschland im Jahre 1995 anlässlich der Ersten Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention erklärt, den Ausstoß von Kohlendioxid in Deutschland bis zum Jahr 2005 freiwillig um 25 Prozent reduzieren zu wollen. Damit sollte die zwei Jahre später im Kyotoprotokoll offiziell festgelegte Verpflichtung Deutschlands übererfüllt werden.

Die gegenwärtige Bundesregierung hatte dieses Ziel noch in ihr „Nationales Klimaschutzprogramm“ des Jahres 2000 übernommen – jedoch um es schon kurze Zeit später fallen zu lassen. Nicht zuletzt wegen der zögerlichen Nutzung des Zertifikatehandels und der anderen Kyotoinstrumente unter der Ressortverantwortung vom Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Jürgen Trittin, war dieses langjährige Ziel deutscher Klimapolitik unerreichbar geworden. Mittlerweile ist nur noch die Rede vom sog. Kyoto-Ziel, also einer Minderung der emittierten Menge sämtlicher Treibhausgase in Deutschland im Vergleich zu 1990 um 21 Prozent bis zum Jahr 2012.

Im Eindruck dieser Sachverhalte lautet die klimapolitische Zielverheißung der Bundesregierung seit einiger Zeit: 40 Prozent Reduktion aller Treibhausgasemissionen bis 2020 – allerdings nur unter der Voraussetzung, dass alle anderen EU-Staaten sich zu einer entsprechenden Minderung von 30 Prozent verpflichten. Ob diese Voraussetzung erfüllt werden wird, ist höchst fragwürdig. So entsteht der Eindruck, es solle mit Ankündigungen, die unter utopischen Prämissen stehen, von klimapolitischen Fehlleistungen der Bundesregierung abgelenkt werden.

Tatsache ist, dass sich seit Ende der neunziger Jahre – also seit Regierungsübernahme durch SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – bei den Kohlendioxidemissionen in Deutschland fast nichts mehr bewegt. Gegenwärtig liegen diese sogar auf einem höheren Niveau als 1999. Tatsächliche durchgreifende Erfolge rot-grüner Klimapolitik sind demnach nicht erkennbar.

Selbst das 21-Prozent-Ziel ist mittlerweile gefährdet. Um dieses Ziel zu erreichen, wäre im Vergleich zur jetzigen – und seit Jahren kaum veränderten – Situation eine Reduktion von weiteren rd. 45 Mio. Tonnen CO₂ erforderlich. Da der Löwenanteil der bisher erreichten Emissionsminderungen von der Wirtschaft, der Industrie und der Energieversorgung geleistet wurde, muss sich die Aufmerksamkeit nun insbesondere auf die Sektoren Verkehr und private Haushalte richten. Gelingt es nicht, diese wirksam in die Klimapolitik einzubeziehen, wird Deutschland das Kyoto-Ziel absehbar verfehlen. Deutschland als angeblicher Vorreiter beim Klimaschutz stünde blamiert da. Bis heute hat die Bundesregierung keinen konkreten Vorschlag vorgelegt, wie eine solche Blamage verhindert werden soll.

Festzuhalten ist: Unter der Ressortverantwortung vom Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Jürgen Trittin, hat Deutschland das Tempo und die Qualität seiner konstruktiven Beiträge zur internationalen Klimapolitik verloren. Deutschland gehört nicht mehr zu den Hauptarchitekten der internationalen Klimapolitik.

Eine langfristige Zielsetzung im Klimaschutz ist unumgänglich. Das Ziel, die Treibhausgasemissionen in der EU bis zum Jahre 2020 um mindestens 30 Prozent zu reduzieren – wie es bereits in einem Sondervotum der FDP zur Stellungnahme des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung zum Fortschrittsbericht 2004 der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung (Bundestagsdrucksache 15/4100) vorgetragen wurde – ist daher richtig. Deutschland hat an der Verwirklichung dieses Ziels einen angemessenen Anteil zu tragen, ohne im Vergleich zu anderen EU-Ländern einseitige Lasten zu schultern. Eine Vorfestlegung auf einen bestimmten Anteil, ohne dass zuvor Verhandlungen innerhalb der EU geführt worden sind, ist eine falsche Strategie, um eine faire Lastenverteilung zu erreichen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- mit Blick auf die Zeit nach 2012 auf europäischer Ebene dafür einzutreten, dass die CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2020 um 30 Prozent im Vergleich zu 1990 verringert werden und dabei auf eine faire Lastenverteilung zwischen den EU-Partnern hinzuwirken;
- das bisher ungenutzte Potential der Wärmegewinnung im Rahmen eines konsistenten energie- und klimapolitischen Gesamtkonzepts im Sinne des Antrags der FDP-Bundestagsfraktion vom 15. Juni 2005 für den Klimaschutz zu erschließen („Wärmebereich für den Klimaschutz erschließen – Erneuerbare Energien marktwirtschaftlich einbeziehen“, Bundestagsdrucksache 15/5731). Und in diesem Sinne eine drastische Verringerung der durch Wärmegewinnung verursachten CO₂-Emissionen zu erreichen durch:

- eine massiv zu verstärkende Nutzung erneuerbarer Energien im Wärme-
markt,
- die Einbeziehung der durch Wärmegewinnung verursachten CO₂-Emis-
sionen in den Zertifikatehandel, um die Kosten zu minimieren,
- Steigerung der aktiven und passiven Energieeinsparung durch den Einsatz
und die Weiterentwicklung moderner und effizienter, brennstoffsparender
Techniken der Wärmegewinnung und durch Wärmedämmung und durch
begleitende Empfehlungen für kostengünstige Verbesserungen der Ener-
gieeffizienz,
- eine Weiterentwicklung des marktwirtschaftlichen Konzepts eines freiwil-
ligen, der Information dienenden Energieausweises, der die Energieinten-
sität eines Hauses auf Bedarfs- und Verbrauchsgrundlage verständlich und
verbraucherfreundlich anzeigt. Dies schafft Transparenz und Anreize zur
Sanierung des Gebäudebestandes. Um eine größere Breitenwirkung zu er-
zielen, müssen weitere flankierende Maßnahmen erfolgen. Dazu gehören
Motivation, Information und Beratung der Gebäudeeigentümer sowie
Weiterbildung der Handwerker und Planer. Letzteren kommt dabei eine
besondere Verantwortung zu;
- unverzüglich alle Kyotomechanismen im Rahmen der nationalen und inter-
nationalen Klimapolitik zu nutzen und im Sinne einer weiteren Kostensen-
kung weiterzuentwickeln. Unter diesem Ziel muss insbesondere der Mecha-
nismus der gemeinsamen Implementierung im Sinne einer Öffnung für na-
tionale Projekte weiterentwickelt werden (siehe Antrag der Fraktion der FDP
„Mehr Klimaschutz zu geringeren Kosten durch nationale Projekte ermögli-
chen“, Bundestagsdrucksache 15/4948 vom 23. Februar 2005);
- darauf hinzuwirken, dass neben Kohlendioxid auch die anderen Klimagase,
die im Kyotoprotokoll aufgeführt sind, so schnell wie möglich in den Emis-
sionshandel einbezogen werden. Damit werden die für den Klimaschutz er-
brachten Vorleistungen entsprechend berücksichtigt und die Vorteile des
Emissionshandels umfassend genutzt. Beispielgebend sind in dieser Hinsicht
einmal mehr die Niederlande, welche bereits zum 1. Juni 2005 den Handel
mit Stickstoffdioxid-Zertifikaten aufgenommen haben;
- durch konkrete Maßnahmen darauf hinzuwirken, dass Deutschland als High-
Tech-Standort seine Kräfte darauf konzentriert, energiewirtschaftliche Tech-
nologieführerschaft zu entwickeln und auszubauen. Hier geht es vordringlich
um eine Steigerung der Energieeffizienz, um Techniken klimaneutraler Ener-
giegewinnung sowie um modernste Abscheide- und Einlagerungstechniken
für Treibhausgase;
- durch konkrete Maßnahmen darauf hinzuwirken, dass die Brennstoffzellen-
und Wasserstofftechnologie weiterentwickelt und der Aufbau einer geeig-
neten Versorgungsinfrastruktur für Wasserstoff vorangetrieben wird, um den
erneuerbaren Energien auch im Verkehrssektor eine langfristige, wirtschaft-
lich tragfähige Perspektive zu geben.

Berlin, den 29. Juni 2005

Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

